

# Luzerner Zeitung

Freitag, 18. Mai 2018

AZ 6002 Luzern | Nr. 114 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



**Grossbritannien**  
Meghan Markles  
Hochzeit zeigt den  
Wandel der Monarchie. 3

## Freisinnige: Zweifel am AHV-Deal

**Steuern** In der FDP bahnt sich eine Debatte um die Lösung bei den Firmensteuern an.

Roger Braun

Heute entscheidet die FDP-Fraktion, ob sie die Verknüpfung der Unternehmenssteuerreform mit der Altersvorsorge mitträgt. Die

Wirtschaftskommission hat einstimmig beschlossen, jährlich zwei Milliarden Franken in die AHV zu stecken als sozialpolitischen Ausgleich zu den Firmensteuersenkungen.

In der FDP regt sich nun Widerstand. «Der Entscheid der Kommission macht mir Mühe», sagt FDP-Ständerat Andrea Caroni (AR). Und FDP-Ständerat Damian Müller (LU) hält fest: «Dieser Vorschlag ist schwierig zu verdauen.» Beide fürchten, dass der milliardenteure AHV-Zustupf den Reformwillen in der Altersvorsorge bremsen wird. Die Jungfreisinnigen beklagen eine weitere Umverteilung von Jung zu Alt. 5

«Der Entscheid der Kommission macht mir Mühe.»

Andrea Caroni  
FDP-Ständerat (AR)

## Lehrerausbildung boomt

**Zentralschweiz** Die Pädagogische Hochschule (PH) Luzern verzeichnet einen Rekord: 670 Personen haben sich für ein Stu-

dium angemeldet. Das bringt die PH räumlich und organisatorisch an Grenzen. Prorektorin Kathrin Krammer sagt, dass der Aufwand für die Organisation des Studienbetriebs deutlich zugenommen hat, und fügt an: «In Zukunft haben wir eindeutig zusätzlichen Platzbedarf.» Die Pädagogischen Hochschulen Zug und Schwyz verzeichnen stabile Zahlen.

In Schwyz ereignete sich der Ansturm ein paar Jahre zuvor. Damals musste ein neues Gebäude errichtet werden. Alle drei Hochschulen stellen eine steigende Tendenz von Quereinsteigern fest; also Personen, die teils ohne gymnasiale Matur die Lehrerausbildung absolvieren. (kuy) 25

ANZEIGE

**HAUSER LIVING**  
GARTENMÖBEL | PFLANZEN | TERRASSEN



Showroom in Freienbach am Zürichsee

## Schweiz stürmt in den Halbfinal



**WM** Das Eishockey-Nationalteam steht an der WM in Dänemark in den Halbfinals. Die Schweizer besiegten Finnland mit 3:2. Im Halbfinal wartet Kanada. 48

Bild: Petr David Josek/Keystone (Herning, 17. Mai 2018)

## Berner gestalten Industriestrasse

**Stadt Luzern** Das Architekten-Team Rolf Mühlethaler und Christian Schläppi aus Bern hat den Wettbewerb für die Überbauung an der Luzerner Industriestrasse gewonnen. Diese wird für ein Neubauprojekt ziemlich unkonventionell daherkommen. Statt einer einheitlichen Flachdachbauweise sind acht kleine Neubauten mit unterschiedlicher Gestaltung und Höhe geplant. Bis 2025 sollen dort für 83 Millionen Franken 600 Wohn- und Arbeitsplätze entstehen. (std) 27

## Die EU wehrt sich gegen US-Politik

**Sofia** Zur Rettung des Atomdeals mit dem Iran wird die EU ein Gesetz zur Abwehr von US-Sanktionen reaktivieren. «Wir müssen jetzt handeln», sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker nach dem EU-Westbalkan-Gipfel in Sofia. Über das «Blocking Statute» könnte es EU-Firmen verboten werden, sich an die US-Sanktionen gegen den Iran zu halten, die nach dem Rückzug der USA aus dem Atomdeal wieder eingeführt werden. (sda) Kommentar 6. Spalte 7

## SBB streichen Flughafenzug

**Luzern** Mit dem neuen Fahrplan wollen die SBB eine Direktverbindung von Luzern nach Zürich Flughafen streichen. Dies für die Jahre 2019 und 2020. Betroffen sind die Züge, die jeweils elf Minuten nach der vollen Stunde abfahren, also zum Beispiel um 7.11 Uhr oder 8.11 Uhr etc.

Grund dafür ist gemäss SBB eine Änderung im Raum Zürich, welche die verfügbaren Trassees für den Fernverkehr beeinflusst. Das Vorgehen der Staatsbahn wird scharf kritisiert. (kiik) 31

Kommentar

## Es ist eine heisse Wette

**Hätscheln und Tätscheln** hat nichts gebracht. US-Präsident Donald Trump zieht unbeirrt sein Ding durch, egal was seine transatlantischen Partner davon halten mögen. Nun versucht man es auf eine andere Art und setzt zumindest im Fall des Atomabkommens mit Iran ebenfalls auf Konfrontation. Mit der Anwendung des Abwehrgesetzes will sich die EU offen dem Willen Trumps und seinen Sanktionen gegen Teheran widersetzen. Es ist das Zeichen: Wir lassen uns diesen Umgang nicht bieten.

Der US-Präsident gilt als unberechenbar und impulsiv. Gut möglich, dass er sich durch die Europäer provoziert fühlt und die Eskalationsschraube weiter anzieht. Wer weiss, was ihm noch so an Zumutungen einfällt. Die EU andererseits riskiert mit dem Einsteigen auf Trumps Konfrontationslogik, dass sie sich nur schwer ohne Gesichtsverlust aus der Sache ziehen kann.

Doch wenn europäische Firmen tatsächlich vor die Wahl gestellt werden, entweder auf dem iranischen oder dem amerikanischen Markt tätig zu sein, dürfte die Entscheidung in den allermeisten Fällen schon gefallen sein. Insofern handelt es sich um eine stumpfe Waffe. Was die EU hier an Drohkulisse aufbaut, läuft kaum auf mehr als eine heisse Wette hinaus.

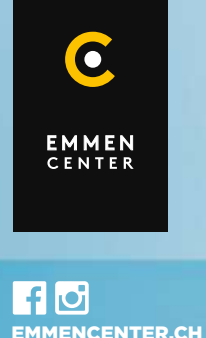


Remo Hess, Sofia  
nachrichten@luzernerzeitung.ch



**Inhalt** Börse 8 | **Piazza** 13-15 | **Rätsel** 41 | **TV/Radio** 39 | **Abonnemente** 041 429 53 53, E-Mail: leserservice@lzmedien.ch, **Internet** www.luzernerzeitung.ch  
**Agenda** 42 | **Forum** 12 | **Rategeber** 23 | **Todesanzeigen** 18/19 | **Wetter** 23 | **Redaktion** 041 429 51 51, redaktion@luzernerzeitung.ch, **Inserate** 041 429 52 52, inserate@lzmedien.ch

ANZEIGE



**PFINGSTMONTAG**

Montag, 21. Mai  
9.00 – 18.30 Uhr

nummer 10



## ETH-Präsident tritt zurück

**Bildung** Lino Guzzella, Präsident der ETH Zürich, wird nach Abschluss seiner Amtszeit Ende Jahr nicht mehr erneut kandidieren. Das gab die Institution gestern überraschend bekannt. «Nach sieben Jahren als Rektor und Präsident möchte ich für den Rest meiner beruflichen Karriere nochmals als Professor aktiv in Forschung und Lehre tätig sein», wird der scheidende Präsident in der Medienmitteilung zitiert.

Weiter heisst es darin, dass in Guzzellas Amtszeit die ETH Zürich ihre internationale Anerkennung als führende Hochschule stärken konnte. Wer seine Nachfolge übernimmt, ist noch offen: Die Wahl des neuen Präsidenten erfolgt durch den Bundesrat – auf Antrag des ETH-Rats. Guzzella verlässt die ETH aber nicht: Nach einem halbjährigen Sabbatical wird er im Sommer 2019 seine Tätigkeit als Professor am Departement Maschinenbau und Verfahrenstechnik der ETH wieder aufnehmen.

In den vergangenen Monaten war Guzzella wegen mehrerer Mobbingfälle an der ETH unter Druck geraten. (sda)



Lino Guzzella. Bild: Keystone

## Bundesrat nicht für WC zuständig

**Unisex** Die Landesregierung kann Unisex-Toiletten nicht zum Durchbruch verhelfen. Denn sie sei nicht zuständig, da die WC in Flugzeugen, Zügen und Restaurants nicht im Bundesgesetz geregelt sind. Das schreibt sie in einer Antwort auf eine Motion des Luzerner FDP-Nationalrats Albert Vitali. Hintergrund ist eine Posse um eine Unisex-Toilette im Luzerner Hotel Anker, das 2016 im Betrieb genommen wurde. Laut Vitali gründen die heutigen gesetzlichen Bestimmungen, die getrennte Toiletten verlangen, im viktorianischen Zeitalter mit seinen rigiden Moralvorstellungen. Es sei unverhältnismässig, heute Restaurants und Betrieben die Ausgestaltung der Toiletten vorzuschreiben. (sda)

## Tessiner Zeitung schliesst

**Medien** Aus für die Tessiner Tageszeitung «Giornale del Popolo»: Die Zeitung wird als Folge des Konkurses des Werbemarkters Publicitas am Samstag zum letzten Mal erscheinen. Der Herausgeber hat gestern die Bilanz deponiert. Die katholisch geprägte Zeitung hatte zuletzt 35 000 Leser. Für das betroffene Personal soll nach möglichst traglichen Lösungen gesucht werden. Per Jahresbeginn hatte sich das «Giornale del Popolo» nach 14-jähriger Zusammenarbeit von der Tageszeitung «Corriere del Ticino» getrennt und war wieder eigene Wege gegangen. (sda)

# FDP hadert mit AHV-Kuhhandel

**Firmensteuern** Dass die Zustimmung zur Steuerreform mit zwei Milliarden Franken an die AHV erkauf werden soll, stösst auf Widerstand. Neben der SVP tut sich auch die FDP schwer.

Roger Braun

Die Einigung kam völlig überraschend. Noch letztes Jahr hatten FDP und SVP die Mehreinnahmen für die AHV heftig bekämpft, am Mittwoch dann die grosse Überraschung: Einstimmig sprach sich die Wirtschaftskommission des Ständerats dafür aus, der AHV mit 2,1 Milliarden Franken jährlich unter die Arme zu greifen, um im Gegenzug die Unternehmenssteuerreform zu retten.

Auch wenn der Entscheid einstimmig zu Stande kam: Noch ist es zu früh, den grossen Durchbruch zu vermelden. Während SP und CVP die Einigung sogleich bejubelten, forderte die SVP die Aufnahme des Frauenrentenalters 65 ins Paket. Von der FDP war gar nichts zu hören.

Dies mit gutem Grund. Denn innerhalb der freisinnigen Partei gibt es viele, die mit dem Entscheid unglücklich sind. Der Präsident der Jungfreisinnigen, Andri Silberschmidt, war vergangenen Sommer einer der lautstärksten Gegner im Abstimmungskampf um die Altersreform. Silberschmidt sagt: «Mit dem Kuhhandel der Kommission bezahlen die Jungen die Unternehmenssteuerreform – das geht nicht!»

Gemäss dem Konzept der Kommission sollen Bund und Kantone die Unternehmenssteuern um 2,1 Milliarden Franken senken, um zu verhindern, dass bisher steuerprivilegierte Konzerne die Schweiz verlassen. Als sozialpolitische Ausgleichsmassnahme soll der gleiche Betrag jährlich in die AHV fliessen.

### AHV-Reform gerät in weite Ferne

Für Silberschmidt ist das eine «Pflästerlipolitik». «Anstatt, dass wir endlich die Umverteilung von Jung zu Alt angehen, werden die strukturellen Probleme der Altersvorsorge einfach mit Geld zugedeckt.» Für ihn ist es drin-



Andrea Caroni (Mitte) und Damian Müller (rechts) üben Kritik am AHV-Zustupf.

Bild: Peter Klauzner/Keystone (Bern, 13. März 2018)

gend notwendig, dass die AHV bei den Ausgaben ansetzt, um das Sozialwerk für die Zukunft zu sichern. «Wir können nicht immer älter werden und gleichzeitig mit 64 oder 65 in Rente gehen», sagt er. Silberschmidt verweist auf Aussagen von SP-Präsident Christian Levrat, wonach das Frauenalter 65 mit der Einigung bis Mitte der 2020er-Jahre erledigt ist. «Geben wir der AHV zwei Milliarden Franken, wird das Interesse der SP an einer Altersreform auf null schrumpfen.»

Die FDP wird heute an der Fraktionssitzung ihre Position bestimmen. Dementsprechend vorsichtig äussern sich Parteivertreter. Doch gerade bei jüngeren Semestern ist der Widerwille deutlich. «Der Entscheid der Kommission macht mir Mühe»,

sagt FDP-Ständerat Andrea Caroni (AR). «Wenn sich alle Politiker am Tisch einig sind, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie sich auf Kosten jener geeinigt haben, die nicht am Tisch sassen – nämlich der Jungen», kritisiert er.

### Junge FDP-Parlamentarier sind kritisch

Für Caroni gehen die Kompromisse nach links sehr weit. Ursprünglich hatte der Bundesrat als sozialpolitischen Anreiz 400 Millionen Franken für höhere Kinderzulagen vorgeschlagen. Daraus sind nun zwei Milliarden für die AHV geworden. «Damit haben wir das Zugeständnis an die Linke verfünffacht – und gleichzeitig eine echte AHV-Reform auf die lange Bank ge-

schoben.» Er will dem Kommissionsentscheid einzig dann zustimmen, wenn es die einzige Möglichkeit ist, die Unternehmenssteuerreform zu retten. «Ich habe aber noch die starke Hoffnung, dass diese Reform zu einem besseren Preis zu haben ist», sagt er.

Kritik kommt auch von FDP-Ständerat Damian Müller (LU), der sich im Abstimmungskampf um die Altersvorsorge 2020 stark engagiert hatte. «Dieser Vorschlag ist schwierig zu verdauen», sagt er. «Mit der Zusatzfinanzierung von zwei Milliarden geben wir alle Zückerchen weg. Wenn es dann zur Altersreform kommt, haben wir der Linken nichts mehr anzubieten», sagt er. Er kritisiert auch, dass sowohl bei der Altersvorsorge wie auch bei

der Unternehmenssteuerreform zwei komplett neue Vorlagen entstanden – «und das, nachdem wir so lange bereits daran gearbeitet haben». Müller sagt, er lasse sich in der Fraktionssitzung von den Gegenargumenten gerne positiv überraschen, «doch derzeit bin ich sehr kritisch».

FDP-Nationalrätin und Sozialpolitikerin Regine Sauter (ZH) sagt, ihr Eindruck sei zwiespältig, sie werde aber wohl zustimmen. Zu wichtig sei die Unternehmenssteuerreform für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Bei der Altersreform zählt sie auf die Einsicht der SP, dass die Altersvorsorge reformiert werden muss. «Die zwei Milliarden ändern nichts daran, dass der Handlungsbedarf gross bleibt», sagt sie.

## Beim Bund wird das Geld knapp

**Finanzen** Die Medienmitteilung der CVP war selbstbewusst: «Steuervorlage 17: Die CVP setzt sich durch». Die Partei mochte ihre Freude nicht verhehlen, dass der Kompromiss der ständerätlichen Wirtschaftskommission aus ihrer Küche stammte. Nämlich, dass für jeden Steuerfranken, der wegen der Steuervorlage 17 entfällt, ein Franken in die AHV fliessen soll. Derzeit geht man von einer Finanzspritze von 2,1 Milliarden Franken für die erste Säule aus. Der Steuer-AHV-Deal hat aber einen hohen Preis. Für den Bund verdoppeln sich die Reformkosten beinahe. Die Steuervorlage 17 belastet die Bundeskasse wohl mit 900 Millionen Franken. Mit der Kompensationsmassnahme kommen nochmals 700 bis 900 Millionen dazu. Der Rest soll über eine Erhöhung der Lohnbeiträge finanziert werden. Die Grünliberalen kritisierten den «Kuhhandel»: «Mehrausgaben haben nichts mit einer Gegenfinanzierung zu tun

– sie verschärfen im Gegenteil den Druck auf die Bundeskasse.» SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi sagte: «Ich befürchte, dass es für andere dringende Projekte eng werden wird.» Aeschi denkt etwa an die Abschaffung der Stempelsteuer und die Abschaffung der Heiratsstrafe.

### Es droht ein 500-Millionen-Loch

Letzteres ist ausgerechnet das Prestigeprojekt der CVP. Seit Jahren kämpft sie dafür, dass die steuerliche Benachteiligung von Ehe- gegenüber Konkubinatspaaren auch bei der direkten Bundessteuer aufgehoben wird. Der Bundesrat hat im März angekündigt, dass die Heiratsstrafe abgeschafft werden soll. Die Vorlage würde die Bundeskasse mit 961 Millionen Franken belasten. Als die Regierung dies beschloss, ging sie davon aus, dass der Bund finanziell genügend Handlungsspielraum hat. Kommt der AHV-Steuer-Deal, ändert sich diese

Ausgangslage. Im Finanzplan geht der Bund 2021 von einem strukturellen Überschuss von 1,9 Milliarden Franken aus. Dabei sind die Kosten der Steuervorlage 17 berücksichtigt. Rechnet man mit 700 bis 900 Millionen Franken zusätzlich für die AHV, würde das Geld für die Abschaffung der Heiratsstrafe noch knapp reichen. Doch der Bundesrat hat bereits entschieden, die Importzölle auf Industriegüter zu senken, um die Hochpreisinsel zu bekämpfen. Kostenpunkt 500 Millionen Franken. Den Mitgliedern der Wirtschaftskommission wurde vorgerechnet, dass mit dem AHV-Zustupf, der Abschaffung der Heiratsstrafe und der Industriezölle der Bundeskasse 2021 500 Millionen Franken fehlen würden. CVP-Ständerat Konrad Graber lässt sich von diesen Zahlen aber nicht beirren: «Das Geld wird auch für die Beseitigung der Heiratsstrafe reichen.»

Doris Kleck

ANZEIGE

**Achtung: Gemeinnützige Schweiz in Gefahr!**

**Vorstellung fällt aus wegen Geldmangel!**

Jährlich fliessen 1 Milliarde Fr. Geldspielerträge an Sport, Kultur und AHV. Davon rund 265 Millionen Fr. an kulturelle Projekte wie für die Teilspielgesellschaft Altdorf, den Theaterverein Grenzgänger Luzern sowie die Theater- und Musikgesellschaft Zug. Bei einer Ablehnung des neuen Geldspielgesetzes ist diese Unterstützung in Gefahr!

**Wer das nicht will, stimmt** Gemeinnütziges Geldspielgesetz **JA+**

www.geldspielgesetz-ja.ch  
Überparteiliches Komitee für ein gemeinnütziges Geldspielgesetz, Postfach, 8021 Zürich